

Stellungnahme Sozialbericht Gemeinderat am 8.10.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bolay, sehr geehrter Herr Rommel, sehr geehrter Herr. Lübke, sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem vorliegenden Sozialbericht stellt die Stadt grundlegende Daten zur sozialen Situation in Ostfildern zur Verfügung. Der Bericht beleuchtet die demografische Entwicklung, die Themen Wohnen, Arbeitsmarkt sowie Sozialleistungen und soziale Dienste. Besonders ausführlich wird das Thema Integrationsmanagement behandelt. In meiner Stellungnahme möchte ich auf einige dieser Punkte näher eingehen.

Zu Beginn des Berichts wird darauf hingewiesen, dass Ostfildern zum Typ 11 der Kommunen gehört, der als „sehr wohlhabende Städte und Gemeinden in Regionen der Wissensgesellschaft“ definiert ist. Diese zeichnen sich durch hohe wirtschaftliche Dynamik und geringe demografische Herausforderungen aus. Trotz der vielen Krisen und Probleme sollten wir uns immer wieder vor Augen halten, dass unsere Stadt durch überdurchschnittlichen Wohlstand gekennzeichnet ist, von dem jedoch nicht alle profitieren. Daher liegt es in unserer Verantwortung, für alle Gruppen – insbesondere auch für die Benachteiligten – gute Lebensbedingungen in Ostfildern zu schaffen.

Die demografischen Daten zeigen, dass unsere Stadt bei den 50 einwohnerstärksten Städten in Baden-Württemberg unter den fünf Spitzenreitern ist, die in den letzten 15 Jahren am stärksten gewachsen sind. Ein Zuwachs von 11,7 % steht einem durchschnittlichen Wachstum von 4,6 % im Land gegenüber. Der im Vergleich höhere Jugendquotient und niedrigere Altenquotient reflektiert den Zuzug vieler junger Familien in den neu geschaffenen Stadtteil Scharnhauser Park. Diese Zahlen sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich erwägen. Ist grenzenloses Wachstum tatsächlich das Ziel? Sollte nicht zuerst die Infrastruktur unserer Stadt mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten?

Eines unserer dringendsten Probleme wird im **Bereich Wohnen** angesprochen. Im Kreis Esslingen fehlen derzeit 10.000 Wohnungen, während gleichzeitig 5.000 Wohnungen leer stehen. Leider liegen hier keine spezifischen Zahlen für Ostfildern vor. Die Nettokaltmieten für Neuvermietungen sind in Ostfildern höher als im Kreis und im Landesdurchschnitt und übersteigen deutlich die Mietpreise in anderen vergleichbaren Regionen Deutschlands. Die steigenden Mietpreise belasten viele Haushalte. Nicht nur einkommensschwache Familien, Alleinerziehende und Senioren, auch Mittelverdiener haben zunehmend Schwierigkeiten, eine bezahlbare Mietwohnung oder finanzierbares Wohneigentum zu finden. Besorgniserregend ist die niedrige Zahl an sozial gebundenen Wohnungen, deren nicht gerade hohe Anzahl im Lauf der letzten 15 Jahre auch noch um ein Drittel abgenommen hat und gerade noch 10% des Bedarfs an einfachen bezahlbaren Wohnungen entspricht. Zu lange hat sich die Stadt auf den Bau hochpreisiger Wohnungen konzentriert, die aufgrund der extrem gestiegenen Preise kaum noch Käufer:innen noch Mieter:innen finden. Der Bau sozial gebundener oder zumindest erschwinglicher Wohnungen und Häuser wurde vernachlässigt. Der Bericht zeigt, dass Wohngeldbezieher:innen zunehmend in größere Städte abwandern, da sie in Ostfildern keine Unterkunft finden. Wie ich in meinem Umfeld beobachten kann, betrifft diese Tendenz auch Menschen mit mittlerem Einkommen, die in Ostfildern ihren Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt haben und gerne hier wohnen bleiben würden. Deshalb ist es unerlässlich, bei zukünftigen Bebauungsplänen eine **feste Sozialquote** einzuführen. Auch die Erfassung von Leerständen und Fehlnutzungen kann zur Minderung der Wohnungsnot beitragen. Unterstützung für Wohnungs-genossenschaften könnte helfen, gemeinschaftliche und erschwingliche Wohnlösungen zu schaffen.

Mit gutem Grund kann die Stadt auf die **Erfolge im Integrationsmanagement** stolz sein. Als erste Kommune im Landkreis führte Ostfildern durch die Eingliederung des Integrationsmanagement in den Sozialen Dienst das Modell **einer** Beratungsstelle für alle Bürger:innen und Bürger unabhängig vom Hintergrund der Betroffenen ein. Dieses Modell ermöglicht eine langfristige Betreuung ohne Beraterwechsel. Zudem hat sich das System fester Termine im Stadthaus anstelle von aufsuchender Beratung vor Ort bewährt.

In den letzten 10 Jahren wurden zahlreiche **Projekte zur Unterstützung und Integration** von Geflüchteten initiiert und fest etabliert. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung durch Ehrenamtliche, insbesondere durch den Freundeskreis Asyl, ohne dessen engagierte Mitwirkung die Erfolge nicht vorstellbar wären. Ich erinnere mich noch gut an die Anfänge, als auf dem Gelände bei der Blumenhalle Container mit Computern bereitgestellt wurden, die es Geflüchteten ermöglichten, Kontakt zu ihren Familien aufzunehmen und mit ehrenamtlicher Unterstützung durch Online-Kurse erste Schritte in der deutschen Sprache zu wagen. Zahlreiche Projekte, wie das Mentoringprojekt und die Unterstützung von Roma-Familien, und viele mehr, folgten. Besonders erwähnenswert ist das erfolgreiche Projekt „Ofi qualifiziert“, das mittlerweile in die zweite Runde geht. Das Ziel ist, Menschen mit Migrationshintergrund beim Einstieg in eine Ausbildung zu unterstützen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Während es in der ersten Runde gezielt um Ausbildung oder Einstieg von Fachkräften für die Kinderbetreuung ging, sollen in Zukunft auch die Bereiche Pflege und Verwaltung einbezogen werden. Dies schafft eine Win-win-Situation, die sowohl der Stadtgesellschaft als auch den Menschen zugutekommt, die hier eine neue Heimat suchen.

Es bleibt zu hoffen, dass die erfolgreiche Arbeit sowohl der engagierten Mitarbeiter:innen der Verwaltung als auch der Ehrenamtlichen im Freundeskreis Asyl fortgesetzt werden kann. Mit großer Betroffenheit las ich die Einladung zur Mitgliederversammlung des Freundeskreises, in der die Vorsitzende auf die Gefährlichkeit der derzeitigen politischen Situation hinweist. Die Entwicklungen haben direkte Auswirkungen auf den Freundeskreis Asyl und erschweren seine Arbeit zusehends. Wie im Schlusssatz des Sozialberichts angemerkt wird, müssen kommunale Ermessensspielräume rechtsübergreifend genutzt werden, um eine lebendige und inklusive Stadtgesellschaft zu erhalten. Wir dürfen uns in Ostfildern unsere erfolgreiche Willkommenskultur nicht nehmen lassen.

Wir danken allen Beteiligten für diesen umfassenden Bericht und würden uns freuen, wenn in zukünftigen Berichten auch weitere Themenfelder wie Bildung, Partizipation und die Situation von Menschen mit Behinderungen behandelt werden könnten. Wir nehmen Kenntnis von diesem Bericht und stimmen der Einrichtung einer Minijob-Stelle gerne zu.

Dr. Gabriele Klumpp

Bündnis90/Die Grünen